

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Spalte, Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 20.

Duisburg, den 13. Mai 1916.

17. Jahrgang.

## Am Morgen

Peter Bauer.

Die Rosenhand des Tages hebt den Saum des nächtigen Nebelkuchens von Menschennot, von Bruderweh, von Todesangst und -traum. — Wir setzen in ein neues Sonnenboot,

Ob uns das Ufer endlich winken will, danach wir irren? Meer von Blut und Brand umspült uns. Aber dorthin weht es still, wo unsere Sehnsucht geht — gelobtes Land.

## Aus der Granatenfabrikation des Sieg-, Dill- und oberen Lahnggebietes I.

Durch die Kriegsverhältnisse hat auch der Siegerländer Industriebezirk, mit seinen Ausläufen ins Sauerland, in das Dill- und Lahnggebiet reichliche Aufträge für die Rüstungsindustrie erhalten. Ihrer Art nach waren seine metallgewerblichen Betriebe den Kriegsaufträgen, insbesondere der Granatenfabrikation, leicht anzupassen. Der Uebergang zur anderen Produktion konnte jedoch bei dem hier und da wenig gelenkigen Unternehmungsgeist für die meisten Betriebe nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten vor sich gehen. Nur einige wenige Werke zeigten sich diesbezüglich auf der Höhe. Die Mehrheit hat jedoch auch den neuen Produktionszweig über den alten Reifen geschlagen. Der sattfam bekannte Behelf mußte in vollem Maße wieder einengen und nach dem für unser Erwerbsleben vielfach überlebten Sprichwort: „Probieren geht über Studieren“ wurden in den meisten Betrieben die neuen Aufträge in Arbeit genommen. Betriebsrichtungen, Transportverhältnisse, Ordnung in der Betriebsleitung u. a. m. waren schon früher nicht immer gerade muster-gültig. Was Wunder, wenn sie jetzt erst recht verlagten, folglich höchst „Dehrgeld“ gezahlt wurde und ganze Wagenladungen Brackarbeit abgeschoben werden. Die Leidtragenden waren natürlich nicht nur die Werke, sondern vielmehr noch die Arbeiter.

Wer von den Werksbesthern nicht blindlings an dieser Entwicklung vorüber gegangen ist, dem muß es auch zum Bewußtsein gekommen sein, daß für das Gedeihen eines Betriebes nicht nur gelbte, sondern auch selbst- und pflichtbewusste Arbeitskräfte von großem Werte sind; wie sie aus den gewerkschaftlichen Organisationen hervorgehen. Denn durch deren Wirksamkeit werden nicht nur Rechte der Arbeiter gewahrt, sondern auch dessen Pflichtbewußtsein gefördert. Wo dieses gesunde Streben nach Verbesserung von Unten kommt, die Arbeiter gestützt auf ihre Organisation sich nicht alles bieten lassen, da wird Rückständigkeit und Schläfrigkeit in der Betriebsleitung schon von selbst ausgerottet. Die besten Stützen der Werke, die einen ordnungsmäßigen Fortgang des Betriebes und der Produktion ermöglichen, waren auch in sehr vielen Betrieben unseres Bezirks Gewerkschaftler, und zwar zum Teil die Besten. Einer ganzen Reihe von ihnen wurden Vertrauens- und Aufsichtsposten übertragen. In einzelnen verhältnismäßig gut organisierten Betrieben, wie in Siegen, in Kirchen und im Streife Werke erklärten die Werksbesitzer entweder den Arbeiterausschüssen oder unserem Verbandsbeamten unumwunden, daß ihre Arbeiterschaft ihre volle Pflicht während des Krieges im Betriebe erfüllt habe.

Schärfst traurig muß es hingegen in den Betrieben mit einer unorganisierten Arbeiterschaft ausgesehen haben, denn, wenn solche Werke schriftlich und telephonisch selbst unser Verbandsbüro angingen, und um Hilfe baten, so muß es dort zum mindesten schon weit sein. Dabei handelt es sich sogar in einem Falle um ein Werk, das früher alles mögliche unternommen hat, um unsern Verband zu unterdrücken. Traurige Figuren bildeten auch jene Werke, die bei der Mobilmachung nicht schnell genug ihre Betriebe schließen und ihre Arbeiter entlassen konnten. Prämien von 20—50 Mark, Inseratenkosten und Agentenspesen mußten sie später nebst besonders hohen Löhnen zahlen, um auch nur einzelne Arbeiter wieder in den Betrieb zu bekommen. Diese Schuld hat sich also bitter gerächt.

Wie der hiesige Unternehmer vielfach, und wie es scheint aus grundsätzlicher Ablehnung, gegen Mende-

rungen seiner Erwerbsgeflogenheiten und Betriebs-erfahrungen ist, sich von „niemandem dazwischen sprechen“ lassen will, so steht er auch der Hauptzwecksetzung der industriellen Organisationen ablehnend oder mißtrauisch gegenüber. Nur einzelne Industrierpartien und Großbetriebe machen hier eine Ausnahme. Sonst liegt die Organisation der Werke zur Beschaffung der Rohstoffe, zur Bildung der Preise, zur Förderung der Produktion und des Absatzes, in der früheren Geschichte der hiesigen Industrie wie in der Gegenwart, trostlos darnieder. Nur wenn es sich um Maßnahmen gegen die Arbeiter handelt, dann scheint der Weg zu blühen. Ja im Siegerlande haben die Arbeiter selbst während des Krieges die Erfahrung sammeln können, daß Industrievereinigungen, die schließlich nur zu dem Zweck und sogar mit Hilfe der Behörden gegründet wurden, Kriegsaufträge einheitlich entgegenzunehmen und abzuliefern, am letzten Ende nur noch als eine Maßnahme gegen die Arbeiter ihr Dasein fristeten.

So gründete sich auf behördliche Veranlassung am 28. November 1914 eine „Vereinigung der Granatenfabriken im Sieg-, Dill- und Lahnggebiet“ zu Siegen, dem Mitte Februar 1915 schon 23 Firmen als Mitglieder angeschlossen waren. Statt, daß nun diese Vereinigung mehr der technischen Verbesserung der neuen Erzeugung sich zuwandte, für einen möglichst geordneten Verkehr der anzufertigenden oder fertigzustellenden Geschäfte Sorge getragen, oder sonstige viel wichtigere Aufgaben erledigt hätte, scheint indes das Hauptgewicht wieder mehr auf die Lösung der Arbeiterfrage im Sinne der hiesigen Unternehmer gelegt worden zu sein. Dieses zeigte sich zunächst in Akkordabzügen und Lohnregulierungen, welche letztere dem ersten fast stets Mißtrau zu erachten sind. Obwohl die Werke bei der Übernahme der Kriegsaufträge den Arbeitern ausnahmslos versicherten, Akkordabzüge würden nicht vorgenommen — ein Siegerer Direktor verbürgte sich sogar mit seinem Ehrenwort dafür —, so wurden solche doch fast gleichmäßig in allen Werken vorgenommen. Dabei berief sich fast ein jedes Werk auf das andere, jedes wollte die höchsten Akkordsätze haben und jedes Werk wollte durch andere Firmen veranlaßt worden sein, die Löhne zu „regeln“. Möglichst gleichmäßige Akkord-sätze sollten bestehen auch wenn in einzelnen Werken — die im wahren Sinne des Wortes als „Bruchbuden“ zu bezeichnen sind — noch so rückständige und schlechte Betriebsmittel vorhanden waren, wodurch in vielen Fällen die Arbeit oft mehrere Stunden gänzlich ausgefetzt werden mußte, oder nur langsam vom Fleck gehen konnte. Das Schauspiel besonders hoher Löhne für Granatenarbeiter währte in unserm Bezirk nur ein paar Monate und nur in einigen wenigen Betrieben. Die Mehrheit der Werke hat solche überhaupt nicht gekannt und im übrigen sind sie durch die angekündete Weise und bis auf einige wenige Ausnahmen in der Verenkung verschwunden.

Im anderen wird von einer Vereinbarung unter den Werken berichtet, daß beim Suchen von Granatenarbeitern in den Zeitungen nicht mehr der Ausdruck bei „hohen Löhnen“ gebraucht werden solle. Noch aber durfte ein bestimmter hoher Lohn angegeben oder versprochen werden. Daß auch dieses Mittel keine Wirkung nicht verfehlte, steht außer allem Zweifel. Die Bestrafung für Brackarbeit sichten ebenfalls ein organisiertes System hinter sich zu haben. Da dieses aber bei den Verschiedenheiten der Betriebe nicht nach dem bekannten Schema angewandt werden konnte, so zeigten sich daher wohl auch die buntesten Ausstriche in den Betrieben wegen unerschützten Bestrafungen. Diesem Strafsystem, und noch mehr der Art seiner Anwendung, ist es neben den Akkordabzügen und den eigenartigen Akkordaufrechnungen wohl auch zuzuschreiben, daß der Arbeiterwehsehl so groß wurde. Ja, daß da und dort sogar gemeinsame Arbeitsniederlegungen erfolgten oder vorgeesehen waren, die jedoch durch Eingreifen des Verbandes beigelegt oder verhindert werden konnten. Nicht minder waren dieses auch die Folgen, weil in der Behandlung der Arbeiter in der Kriegszeit weder etwas verlernt noch etwas hinzuge-lernt worden war. Ordnungsmäßige Ankündigungen oder Begründungen von Akkordabzügen, oder von harten Strafbestimmungen konnte man weniger. Selbst bei den Austritten an den Sonntagen wurde eine Verständigung mit den Arbeitern abgelehnt. Jüngendliche Arbeiter zumal wurden bei Beschwerden noch nicht einmal angehört, sondern mit Schimpfen und in vielen Fällen gar mit „am den Äpfel hauen“ schroff abge-wiesen. Was Wunder, wenn der Ausbruch einer

solchen Willkür durch Kündigung des Arbeitsverhältnisses entgegnet wurde. Daß dieses zumal jetzt während des Krieges ein falsches Mittel ist, haben wir immer wieder und in nachdrücklicher Form den Arbeitern nahegelegt. Der Einfluß der Organisationen ist aber leider im Bezirk noch zu schwach, um mit dieser Ansicht durchzukommen und eine anderweitige ordnungsmäßigere Behandlung dieses Uebelstandes durchzuführen.

Statt nur über die Zügellosigkeit jugendlicher Arbeiter im Betrieb zu wehnen, sollten die Werksleitungen und manche Vorgesetzte auch mal eine eigene Gewissensforschung vornehmen, ob sie nicht selbst den Löwenanteil an diesen Zuständen davon tragen. Denn auch für das Verhältnis des Arbeitsgebers zum Arbeiter bleibt wahr und ist auch während der Kriegszeit beobachtet worden, daß der „Apfel nicht weit vom Stamm fällt“, und daß „wie der Hirte so auch die Herde“ ist. In der Ausbildung und Unternehmung der Arbeiter im Betrieb haperts ebenfalls gar oft, und scheint vielfach ganz vergessen zu sein, daß kein Meister vom Himmel fallen kann. Aus Verhandlungen mit den verschiedensten Behörden haben wir entnehmen können, daß die „Untugenden“ der Arbeiter von den berufenen Vertretern der Industrie ja in ausgiebigster Weise verallgemeinert und nicht immer einhändret dort zur Sprache gekommen sind. Die gesamte Metallarbeiterchaft des Bezirks sollte darum unsern christlichen Metallarbeiterverband insbesondere und der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen dank wissen, daß sie durch stattgefundene und weiter angebahnte Verhandlungen mit militärischen und sonstigen Behörden Gelegenheit genommen haben, auch die Rehrseite dort zur Sprache zu bringen.

Als eine weitere Folge dieser Arbeitgeberorganisation ist wohl auch die Abwanderung von Arbeitern aus diesen Betrieben, wenn sie dort aufhören, innerhalb 6 Wochen nach diesem Austritt von anderen an der Verabredung beteiligten Werken nicht eingestellt werden dürfen. Wie dieser Eingriff in die Freizügigkeit der Arbeiter mit dem „Burgfrieden“ zu vereinbaren ist, bleibt ein Rätsel. Und daß diese Zwangsmaßnahme eine Verschleuderung der Arbeitskraft im Dienste der Vaterlandsverteidigung ist, führt die Werke ebenfalls wenig. Die Arbeiterorganisationen haben jedoch schon das nötige veranlaßt, daß den Arbeitgebern die Verwerflichkeit eines solchen Verhaltens zum Bewußtsein gebracht wird, ähnlich wie auch die „schwarzen Listen“ verboten wurden, die trotz Krieg und trotz Burgfrieden ihr Unwesen weiter trieben. Offenlich ziehen auch die Metallarbeiter des Bezirks die Lehren aus dem Handeln der Arbeitgeberorganisation und schließen sich ebenfalls mehr als je zuvor zur Wahrung ihrer Interessen ihrer Berufsorganisation an.

Diese allgemeinen Ausführungen, die noch wesentlich und insbesondere auch über die Beschäftigung der Arbeiterinnen ergänzt werden können, geben ein Bild über die wirksame Tätigkeit unseres Verbandes während der Kriegszeit. Ganz besonders geht jedoch daraus hervor, welche Aufgaben unserer Metallarbeiter noch harren, um zu besseren Verhältnissen zu kommen. Nur durch die Stärkung und Ausbahrung der gewerkschaftlichen Organisationen können diese erledigt werden. In einem weiteren Artikel werden wir über Einzelheiten besonders berichten und wird sich auch daraus ergeben, wie notwendig und nützlich es gleich die Tätigkeit unseres Verbandes während der Kriegszeit gewesen, und wie dringend geboten seine weitere Stärkung ist.

## Gegen die Ausbeutung im Lebensmittelverkehr

Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nr. 122 in längeren Ausführungen mit dem Uebel des Preissteigens des Innern, daß die Verbraucher gegen die Ausbeutung und Ueberbortelung beim Einkauf von Lebensmitteln wirksam zu schützen seien. Sie glaubt, daß mit dieser Berührung die Wurzel des Übels nicht gepackt und die Ursache der maßlosen Preissteigerung an falscher Stelle gesucht werde. Wo ist nun der Grund zu suchen? Darauf gibt die „Frankf.“ folgende Antwort:

„Die Ursache der maßlosen Preissteigerung ist ausschließlich darin zu suchen, daß die Ware von Produzenten, Fabrikanten oder Subalternen...

Kleinhandler bezog. Verbraucher durch zu viele Hände geht. Eine sehr große Anzahl von Personen, die an sich mit der Lebensmittelverteilung nie etwas zu tun hatten, aber in gewissenloser Weise aus der Knappheit der im freien Verkehr befindlichen Waren Vorteile ziehen wollten, besaß sich damit, Lebensmittel und Gebrauchs-Artikel jeder Art im großen zu kaufen und zu verkaufen. Hierbei ist zu beachten, daß derartige Händler mit Vorliebe wieder an Spekulanten verkaufen, so daß eine Ware durch acht bis zehn Hände gehen kann und hierdurch natürlich ohne jede Berechtigung verteuert wird. Das Wucherergesetz bietet diesem Treiben gegenüber keine Handhabe, da der einzelne Spekulant meistens vorsichtig genug ist, einen prozentual nicht angreifbaren Aufschlag zu nehmen.

Zu welchen Zuständen diese Verhältnisse führen können, zeigen schon beispielsweise die augenblicklich im Konservehandel geforderten Preise. So wird, wie bei einer Untersuchung der Frankfurter Preisprüfungsstelle festgestellt wurde, von Spekulanten für den hauptsächlichsten Konsum-Artikel

- Schnittbohnen . . . 1,20 bis 1,25 für die 1 Kilo-Dose
  - Spinat . . . 0,82 " " 0,84 " " 1 "
  - Brechbohnen . . . 1,21 " " 1,30 " " 1 "
- ohne Kiste, ab Station verlangt. Die Preise, zu denen ursprünglich die Fabrikanten verkauften, waren 35-50 Pfg. für 1 Kilo-Dosen Schnitt- und Brech-Bohnen und 38-45 Pfg. für die 1 Kilo-Dosen Spinat

Nebenbei sei noch bemerkt, daß in Frankfurt a. M. von größeren Detailgeschäften Schnitt- und Brech-Bohnen im Kleinhandel mit 50 Pfg. die 1 Kilo-Dose und Spinat im Kleinhandel mit 55 Pfg. die 1 Kilo-Dose abgegeben wird.

Diese Beispiele liegen sich in gleicher Weise für alle im freien Verkehr befindlichen Lebensmittel und Gebrauchs-Artikel wiederholen. Angesichts der Tatsache, daß alle bisherigen Bestimmungen sich gegenüber dem Treiben der Spekulanten als zwecklos erwiesen haben, würde nur ein glattes Verbot des überflüssigen Zwischenhandels Aussicht auf Erfolg versprechen. Es ist bereits bei der Frankfurter Preisprüfungsstelle ein Antrag in dem Sinne eingebracht worden, daß im Inland hergestellte Waren vom Fabrikanten bezw. Produzenten nur an einen Großhändler, von diesem nur an einen Kleinhändler bezw. Kommunalverband, Konsumverein usw. abgegeben werden dürfen, und daß der Kleinhändler seinerseits verpflichtet ist, ausschließlich an die Verbraucher zu verkaufen.

In gleicher Weise wäre der Verkehr mit Importierten Waren zu regeln, nur, daß in diesem Falle an Stelle des Fabrikanten der Importeur treten würde.

Ein Schaden durch die Ausschaltung des mehrfachen Zwischenhandels würde für die Lebensmittelversorgung in keiner Weise zu befürchten sein. Die vorhandenen oder im Inland produzierten Waren würden lediglich durch diese Zwangsregelung ihren Charakter als Spekulations-Objekt zum Vorteil der Allgemeinheit verlieren. Der Nachweis für die Einhaltung einer solchen Verordnung müßte vom Tage des Inkrafttretens an durch Bescheinigung auf den zu erstellenden Rechnungen erbracht werden. Als Uebergangsbestimmung wäre noch vorzusehen, daß die in den Händen von Zwischenhändlern zurzeit befindlichen Warenmengen nur an den Kleinhandel, bezw. Verkaufs-Organisationen der Kommunalverbände und der Konsumenten abgegeben werden dürfen.

Als weitere Ergänzung der vorgeschlagenen Maßregel würde die Entelgung etwa von Spekulanten zurückgehaltener Vorräte anzuordnen sein.

Falls ein Kriegs-Notgesetz, wie oben angeführt, erlassen würde, so müßte dies allerdings ohne Bögern, sobald als irgend möglich, geschehen, ehe die Preise noch weiter ins Ungemessene getrieben werden. Wenn eine solche Verordnung auch, wie so manche andere, jetzt reichlich spät käme, so wäre es doch noch nicht zu spät, um wenigstens weiteren Schaden zu verhüten. Jedenfalls würde durch die Ausschaltung der Zwischenhändler der bemuteten Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage durch eine gewissenlose und jeden Verantwortlichkeitsgefühl beseitigende Spekulation ein Miegel vorgeschoben und aus unserer Kriegswirtschaft ein schädigendes und destruktives Element ausgemergelt.

Ob nicht auch auf anderen Gebieten, wie auf dem des Lebensmittelmarktes der zwecklose Zwischenhandel bis zum Kriegsende auszuschalten sein sollte, ist eine Frage, welche wohl die ernstlichste Prüfung seitens der maßgebenden Stelle verdient.

Auf dem Lebensmittelmarkt muß alles getan werden, um zu einem annehmbaren Preis auch für die unteren Stände Waren zu beschaffen. Kreise, die in dieser Zeit den Lebensmittelhandel lediglich als Spekulationsobjekt betrachten, sind durchaus schädlich und haben keine Existenzberechtigung. Nicht der Profit, kann in diesen ersten Tagen regieren, sondern nur der Grundsatz: „Wir müssen durchhalten!“ Alles was diesem Durchhalten entgegen steht, muß bekämpft werden im Interesse des Vaterlandes und der Bevölkerung!

### Allgemeine Rundschau

#### Gegen die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes.

Der gesamte Heerbau der Landwirtschaft mit dem Landwirtschaftsrat an der Spitze läuft seit einiger Zeit Sturm gegen die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes, deren Novelle jetzt dem Reichstage zugegangen ist. Die Novelle beschränkt sich im wesentlichen auf die Bestimmung, daß die §§ 3 und 17 des Reichsvereinsgesetzes (Verpflichtung zur Einreichung der Satzungen, Ausschluß Jugendlicher unter 18 Jahren) künftig nicht mehr Anwendung finden sollen auf solche Vereine (Gewerkschaften), die sich lediglich die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse ihrer Mitglieder zur Aufgabe gemacht haben. Auch das Koalitionsrecht für landwirtschaftliche Arbeiter wird, soweit es besteht, nicht aufgehoben.

Selbst dieses Wenige will man in landwirtschaftlichen Kreisen den Gewerkschaften nicht zugestehen, sie haben seit einiger Zeit offen und hinter den Kulissen dagegen gearbeitet. Die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ die ersten agrarischen Zeitungen, sehen darin einen Bruch des Burgfriedens, ja sie glauben, nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer, sondern sogar in sittlicher und religiöser Beziehung können die größten Gefahren bevor, wenn das Reichsvereinsgesetz geändert würde. Die Landwirtschaft entsetzt plötzlich bei sich das „fürsorgende“ Herz für die unteren Stände, das sie bei der so eminent wichtigen Lebensmittelversorgung leider manchmal vernachlässigt hat. Da wäre wahrlich ein guter Platz gewesen, in großem Maßstabe „sozial“ zu wirken, ein Wort, das übrigens im Munde der Landwirtschaft schon von vornherein etwas sonderbar anmutet.

Was das Reichsvereinsgesetz gibt, ist das Mindeste, was die Arbeiterschaft verlangen kann und muß, eine Selbstverständlichkeit. Die Arbeiterschaft fordert für sich das gleiche Recht, was Landwirtschaft, Handel und Gewerbe schon lange Zeit besitzen. Die deutsche Arbeiterschaft hat in diesem Kriege gezeigt, daß sie hinter keinem anderen Stande zurückbleibt, ja daß sie für manchen auch noch für die Landwirtschaft an Hingabe, Opferwilligkeit und stolzen Ertragen der schwersten Lasten für das Vaterland ein leuchtendes Vorbild ist. Deshalb stehen ihr die gleichen Rechte zu, wie den anderen Ständen auch. Die Gewerkschaften aber sehen es als ihre große Aufgabe an,

nach dieser Seite hin mit unverminderten Kräften zu arbeiten und die Gleichberechtigung zu erkämpfen.

#### Die Verteilung unseres Außenhandels

Von besonderem Interesse erscheint heute die Frage, mit welchen Ländern wir bisher den regsten Handelsverkehr unterhielten, eine Frage, die vor allem angesichts der künftigen Neuordnung unserer Wirtschaftsbeziehungen von besonderer Wichtigkeit ist. Wir wollen daher zunächst eine Aufstellung derjenigen Länder geben, aus denen Deutschland im letzten Jahre vor dem Kriege (1913) am meisten einfuhr. In der ersten Zahlenreihe sind die Werte in Millionen Mark, in der zweiten der prozentuale Anteil an unserer Gesamteinfuhr angegeben.

Es führten nach Deutschland ein:

U. St. v. Amerika . . .	1711,1	Mill. M.	= 15,9 %
Rußland . . .	1424,6	Mill. M.	= 13,2 %
England . . .	875,9	Mill. M.	= 8,1 %
Oesterreich-Ungarn . . .	827,5	Mill. M.	= 7,7 %
Frankreich . . .	585,2	Mill. M.	= 5,4 %
Brit.-Indien . . .	541,8	Mill. M.	= 5,0 %
Argentinien . . .	494,6	Mill. M.	= 4,6 %
Belgien . . .	344,4	Mill. M.	= 3,2 %
Holland . . .	333,0	Mill. M.	= 3,1 %
Italien . . .	317,6	Mill. M.	= 3,0 %

Die Einfuhr nach Deutschland aus den übrigen Ländern blieb jedesmal unter 300 Millionen Mark und unter 3 Prozent unserer Gesamteinfuhr. Von europäischen Ländern seien hier noch genannt Schweden mit einer Einfuhr von 224,2 Millionen (2,1 Prozent), Schweiz mit 213,3 Millionen (2 Prozent), Spanien mit 198,7 Millionen (1,8 Prozent), Dänemark mit 191,8 Millionen (1,8 Prozent), Norwegen mit 82,0 Millionen (0,8 Prozent), Rumänien mit 79,7 Millionen (0,7 Prozent), die Türkei mit 74,0 Millionen (0,7 Prozent).

Eine andere Reihenfolge ergibt sich, wenn wir die Länder nach der Größe unserer Ausfuhr zusammenstellen, wobei ebenfalls die Ausfuhrwerte in Millionen Mark und der prozentuale Anteil an unserer Gesamtausfuhr bei den einzelnen Ländern angegeben sind.

Deutschland führte aus nach:

England . . .	1438,3	Mill. M.	= 14,2 %
Oesterreich-Ungarn . . .	1104,8	Mill. M.	= 10,9 %
Rußland . . .	880,2	Mill. M.	= 8,7 %
Frankreich . . .	789,9	Mill. M.	= 7,8 %
U. St. v. Amerika . . .	713,2	Mill. M.	= 7,1 %
Holland . . .	693,7	Mill. M.	= 6,9 %
Belgien . . .	551,0	Mill. M.	= 5,5 %
Schwiz . . .	530,1	Mill. M.	= 5,3 %
Italien . . .	383,4	Mill. M.	= 3,9 %
Dänemark . . .	283,9	Mill. M.	= 2,8 %

Von andern europäischen Staaten führten noch aus nach Deutschland: Schweden für 229,8 Millionen (2,8 Prozent), Norwegen für 161,7 Millionen (1,6 Prozent), Spanien für 143,0 Millionen (1,4 Prozent), Rumänien für 140,0 Millionen (1,4 Prozent), die Türkei für 98,4 Millionen (1 Prozent).

#### Es wird gemacht.

Auf einer im Kriege noch und doch sehr, als Maßstab erinnernde Methode zur Befriedigung ungewisser Gegner sind die Milchinteressenten in Zell im Wiesental (Baden) verfallen. Ihr Versuch, den Milchpreis von 24 auf 26 Pf. zu schrauben, scheiterte an dem Widerstand der Vertreter des Kriegsausschusses für Konsumanteninteressen, die nur für 25 Pf. zu haben waren. Dementsprechend wurde in der Preisprüfungsstelle beschlossen, aus anderen Tagen erhielt der Vorsitzende der Verbraucherorganisation von seiner bisherigen Milchlieferanten, der Landwirt Stimmann, bereits die Nachricht, daß er seine Milch nicht bekommen könne. Ganze vier Wochen hindurch hat er trotz seiner vier Kinder tatsächlich auch fast keine Milch erhalten. Es handelt sich also um eine offensichtliche Manipulation eines öffentlichen Preiswunders. Gegen besagte Interessentenmischschaften sollen die Behörden die gleichen Mittel anwenden wie gegen die vielen sonstigen Beispiele der Interessenten wider die guten Sitten. Die Staatsautorität muß das Gesamtwohl nicht der Eigenart einzelner Stände opfern!

### Die Schulden des Erblassers

(Schluß)

B. Zur Abgabe der Erklärung, daß man die Erbschaft ausläßt, braucht man nicht gerade persönlich zum Nachlassgericht zu gehen. Man kann sie auch persönlich schreiben, von einem Notar die Unterschrift beglaubigen lassen und dann an das Nachlassgericht einreichen. Man kann auch einfach zum Notar gehen und ihm erklären, man wolle eine Erbschaft auslassen. Dann schreibt dieser die Erklärung und besorgt auch durch sein Büro die Abwendung an das Nachlassgericht. Man braucht dann nur die vom Notar geschriebene Erklärung in seiner Gegenwart zu unterzeichnen. Kann man wegen Krankheit oder Schwachheit nicht zum Notar oder Gericht gehen, so muß man den Notar zu sich kommen lassen. Die Auslassung kostet etwa 5-10 Mk. an Gebühren und Steuern.

Wird die Auslassungserklärung innerhalb der gesetzlichen, oben angegebenen Frist, und in der richtigen Weise dem Nachlassgericht gegenüber abgegeben, so hat sie die Wirkung, daß der Erbschaft als nicht geschehen gilt. Man ist also gar nicht mehr Erbe, und das Gelegte ist so an, als ob man es auch nie gewesen sei. Folglich braucht man nicht mehr für die Schulden des Erblassers einzustehen. Freilich entfällt damit allerdings auch jede Beteiligung am Nachlass. Man hat überhaupt mit dem Nachlass nichts mehr zu tun. Man ist gar nicht mehr Erbe. Erbe ist vielmehr derjenige, der es geworden sein würde, wenn man selbst zur Zeit des Erblasses nicht mehr gelebt hätte. Beispiel: Ein alter Mann scheidet ohne Testament mit Hinterlassung eines Sohnes und zweier Kinder dieses Sohnes. Sonstige näheren Verwandten sind nicht da. Der Sohn kündigt die Erbschaft hinter dem Vater wegen Ueberforderung aus. — Dann fällt die Erbschaft an die beiden Enkel. Will der Vater derselben begehren, daß seine Kinder mit der überschuldeten Erbschaft belastet werden, ja muß er die Erbschaft auch im Namen seiner

Kinder auslassen. Die Zeit von 6 Wochen verläuft gar bald, und deshalb muß jeder in dem Falle, daß er Erbe geworden ist, sich sobald als möglich darüber zu beschaffen suchen, ob er die Erbschaft behalten will. Behalten, denn dagegen, daß sie ihm anfällt, kann er sich gar nicht wehren. Das ist eben ein merkwürdiger Punkt in unserem Recht, daß es einem entweder direkt (als gesetzlichen Erben) oder indirekt (durch Testament des Erblassers) eine Erbschaft aufdrängt, bis man vielleicht gar nicht haben will.

Wie nun, wenn man im Falle einer Überschuldeten Erbschaft die Auslassungserklärung verweigert hat? Dann hat man die Erbschaft erbschaftlich und alle auch die Schulden. Aktiva und Passiva sind untrennbar. Aktiva und Passiva können jetzt nicht mehr abgetrennt werden. Die Erbschaftsmasse mit ihren Vorteilen und Nachteilen ist Bestandteil des Vermögens geworden, das der Erbe vorher schon hatte. Hatte er vorher 100 Mark aktives Vermögen und 50 Mark Schulden und enthält der Nachlass ebenfalls 100 Mark aktives Vermögen, aber auch 150 Mark Schulden, so hat er jetzt ein Aktivvermögen von 200 Mark und Schulden in Höhe von 200 Mark. Auch er nun für die ganze Schuldenlast aus der Erbschaft in Höhe von 150 Mark anzurechnen? Was er also nicht nur die aktive Erbschaftsmasse den Gläubigern zur Verfügung halten, sondern auch einen Teil des eigenen Vermögens opfern, um die Erbschaftsgläubiger zu befriedigen? Diese Frage läßt sich nicht mit einem glatten Ja und auch nicht mit einem glatten Nein beantworten. Selbstredend steht der ganze Wert des Nachlasses den Gläubigern unter allen Umständen zu. Nicht die eigentliche Erbschaftsmasse, sondern nur ihr Wert. Scheitert zur Erbschaftsmasse ein Stück, so kann kein Gläubiger des Erblassers (der unumkehrbar auch Gläubiger des Erben) in bekommen und den Stuhl wegnehmen und in seine Wohnung tragen, etwa als eine Art Ablagezahlung auf seine Forderung. Die Nachlassgegenstände selbst stehen den Gläubigern niemals zu. Aber sie können ihre Befriedigung durchsetzen und dann den Erlös ein-

streichen. So wird auch Verlust des Schicksals aus einem bei weitem Wert des Nachlasses ermittelt und mit diesem dann schon zugleich dem Erben, der es den Nachlassgegenständen hängt, die Gegebenheit gegeben, sie zu behalten, indem er sie selbst erzieht. — Ueber die aktive Erbschaftsmasse hinaus können die Gläubiger des Erblassers das sonstige Vermögen des Erben nur angreifen unter gewissen Umständen, die alle wieder eine weitere Zusammenfassung des Erben voraussetzen. Dazu des Näheren folgendes:

1. Wie oben schon gesagt wurde, ist nach Ablauf des Auslassungsfrist der Erbe unumkehrbar Schuldner, als er der Erbschaft war. Nun kann es sehr wohl vorkommen und kommt auch tagtäglich vor, daß über eine Erbschaftsmasse kommt dem Gläubiger und dem Erben Streit entsteht. Der Gläubiger behauptet, dem Erblasser 100 Mark geliehen zu haben und fordert sie zurück; der Erbe behauptet, daß der Erblasser 100 Mark erhalten habe. Oder er behauptet seinerseits, der Erblasser oder er selber habe ja schon zurückgezahlt und was dergleichen Dinge mehr sind. Es kommt zum Prozeß. Wenn in diesem Prozesse der besagte Erbe zum Gericht nicht sagt: „Für den Fall, daß ich verurteilt werde, bitte ich aber in dem Urteil den Bemerk zu setzen, daß ich nur als Erbe habe.“ so kommt ein solcher Bemerk nicht hinein. Er wird dann, falls der Gläubiger sich im Recht befindet, vorbestimmtes verurteilt, und der Gerichtsvollzieher pfändet und veräußert nachher munter alles, was er beim Erben findet, ohne sich einen Pfänderschein darum zu kummern, ob es aus der Erbschaft herrührt oder aus dem sonstigen Vermögen des Erben — und ohne daß der Erbe gegen die Pfändung und Veräußerung seiner eigenen Sachen etwas tun kann. Das Letzte ist das Wichtigste. Denn auch dann pfändet der Gerichtsvollzieher alles, was er findet, wenn das Urteil den Vorbehalt oben genannter Art enthält, aber der Erbe kann dann beim Gericht die Freigabe seiner eigenen Sachen „als nicht zur Erbschaft gehörig“ verlangen. — Der Erbe muß also mit seinem von ihm erworbenen Vermögen für die Schulden des Erblassers aufkommen, wenn

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 14. Mai der zwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis zum 20. Mai fällig.

Wir ersuchen unsere Kollegen im Felde, sowie die Frauen unserer Kollegen, jede Adressänderung sofort ihrer betreffenden Ortsverwaltung mitzuteilen, damit die Ortsgruppe in fester Verbindung mit ihnen bleiben kann.

### Aus dem Verbandsgebiet

Neheim. Nachdem wir uns in den letzten Zusammenkünften über verschiedene Zustände genügende Klarheit verschafft hatten, wurde ein Frühlingsplan entworfen. Derselbe hat bis jetzt die schönsten Erfolge erzielt. Wir wollen aber auf diesen nicht ausruhen, sondern weiter auszunutzen suchen. Wie wir in dem uns zugesandten Aufsatze gesehen, haben 23 Mitglieder 84 Neuaufnahmen in den Bezirken unserer Verwaltungsstelle während der Kriegszeit machen können. Sollte solches nicht auch fernerhin möglich sein? Gewiß. Wenn schon jetzt in der Frühlingsoffensive 8 Mitglieder 21 Neuaufnahmen gemacht, was wird dann erst herauskommen, wenn alle vom Frühlingsdrang befeelt werden? Welcher Genuß und beglückendes Gefühl für jedes Mitglied, in der jetzigen Zeit mitgewirkt zu haben. Zudem ist der Werbeplan so leicht und für jeden zur Mitarbeit geeignet. Befolgen wir die Darlegungen des zugesandten Materials und wir werden mit dem Erfolg zufrieden sein. Die Bekämpfung für unsern Verband, ist doch für uns und unsere Familien, nicht für die „Anderen“. Das Durchhalten und die Stärkung unseres Verbandes ist auch kein Luxus und Sport! Bringt uns denn nicht die Alltagsnotwendigkeit dazu, alles zu tun? Die kommenden Tage bieten uns Zeit, das zugesandte Werbematerial in ausgiebiger Weise richtig auszunutzen. Bieten wir dasselbe in kürzester Zeit unserer Geschäftsstelle zur weiteren Bearbeitung ein, damit wir alsbald über die neuesten Erfolge unterrichtet werden.

Hagen i. W. Nachdem am 13. Februar eine Vorstand- und Vertrauensmänner-Konferenz, die sich mit Fragen der Agitation und der Finanzlage der Ortsverwaltung beschäftigte, vorausgegangen war, fand am 18. April eine außerordentliche Generalversammlung statt, die sich mit gleichen Fragen beschäftigte. Wie schon in dem Jahres- und Geschäftsbericht für 1915 geschrieben wurde, war die Zahl der Neuaufnahmen, sowie die Finanzlage der Lokalkasse nicht befriedigend. Es mußten deshalb über Mittel und Wege beraten werden, wie die Lokalkasse gestärkt werden könnte und welche Schritte in der Agitation zu unternehmen seien. Für beide Punkte wurde in der Generalversammlung eine befriedigende Lösung gefunden und die dahingehenden Beschlüsse einstimmig angenommen. Von Seiten des Zentralvorstandes nahm der Kollege Klotz an der Versammlung teil. In seiner einleitenden Ausführung betonte der Kollege Wetter den Zweck der Generalversammlung und berichtete über die Lohnbewegung, die von uns in der letzten Woche bei der Erzgewerkschaft v. Hindenburg, Abteilung Kupfererzgrube „Julie“ in Hagen zum Abschluß gebracht wurde. Er wies darauf hin, welchen Wert in der Agitation diese zum vollen Erfolge durchgeführte Lohnbewegung haben könne. Ueber die Bewegung selbst berichteten wir an anderer Stelle unseres Organs (Nr. 19) unter dem Titel: Lohnkürzungen auf Hindenburg. Der Kollege Grabowski wies als Berichterstatter über die am 9. April stattgefundene Bezirkskonferenz auf die dort empfohlene Agitationsmethode hin und empfahl auch den Kollegen der Hagener Verwaltungsstelle Annahme und Durchführung dieses Systems, welches auch von der Versammlung beschlossen wurde. Wenn jeder Kollege es ernst nimmt mit seinen Pflichten als Verbandsmitglied, und die geringen persönlichen Opfer, die bei der Durchführung dieser planmäßigen Agitation von Seiten der Geschäftsführung von ihm verlangt werden, übernimmt, dann werden wir die Erfolge in aller nächster Zeit schon wahrnehmen können. Als zugkräftiges Beispiel führte der Berichterstatter die Erfolge vor Augen, die verschiedene andere Verwaltungsstellen im 1. Quartal 1918 gemacht haben. — Deshalb Kollegen, frisch und unbezagt ans Werk. Wenn die Geschäftsführung

unserer Verwaltungsstelle jetzt oder an den nächsten Tagen mit einer kleinen Arbeit an uns herantritt, dann unverzüglich dieselbe erfüllt, zum Segen unserer Verwaltungsstelle und unseres Verbandes und zu unserm eigenen Nutzen. In längerem Vortrage wies der Kollege Klotz sodann auf die gegenwärtige Lage hin. Er schilderte die überaus günstige militärische Lage auf allen Fronten und erwähnte zum Durchhalten und Ausschalten in der Heimat. Er streifte sodann die Lebensmittelsteuer und die Lebensmittelversorgung und beschäftigte sich in längerem Ausführungen über die Aufgaben der Arbeiterkassen nach dem Kriege. Die Lohnverhältnisse im Hagener Bezirk nahm Redner dann scharf unter die Lupe und betonte, daß die Arbeiterkassen es selbst Schuld sei, wenn nicht mehr erreicht worden wäre, da sie es nicht verstanden hätten, für befriedigende Organisationsverhältnisse Sorge zu tragen. Auf die in so überaus starkem Maße eingetretene Beschäftigung der weiblichen und jugendlichen Arbeiter wies der Kollege ganz besonders hin und empfahl angelegentlich, gerade die weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte dem Verbandszugeführten, damit gerade diesen der gewerkschaftliche Schutz zur Seite stünde. Dann kam er auf die Finanzlage der Ortsverwaltung zu sprechen. Gerade durch die außerordentlich starke Inanspruchnahme der Lokalkasse für besondere Unterstützungen und für Liebesgaben der im Felde stehenden über 800 Kollegen, sei der Bestand arg zusammenge-

schrumpft. Nachdem die Zentrale nun schon helfend eingegriffen sei, sei es Pflicht der Kollegen auch hier ihren Teil beizutragen. Ohne einen guten Lokalkassenbestand ist es der Ortsverwaltung unmöglich den an sie gestellten Anforderungen zu genügen. Im Anschluß an dieses Resorvat empfahl der Kollege Grabowski, daß alle Vollmitglieder bis zum 1. Juli einen Ortsbeitrag von 1 Mark zu entrichten hätten. Derselbe soll in Raten von 10 oder 25 Pfg. erhoben werden. Sodann sollte der Beitrag der Jugendklasse, der bisher nur 10 Pfg. betrug, vom 1. Mai auf 15 Pfg. erhöht werden. Zu letzterem begründete er, daß gerade die Jugendklasse der Ortsverwaltung viel Arbeit und Kosten verursachte, aber dadurch, daß diese Kollegen keinen Ortsbeitrag zahlten, nichts zur Deckung der Ausgaben beitrügen. Nach einer gründlichen Aussprache, in der sich alle Kollegen mit den gemachten Vorschlägen einverstanden erklärten, erfolgte die Abstimmung. Dieselbe ergab einstimmige Annahme der Vorschläge. Kollegen der Verwaltungsstelle Hagen! Jetzt heißt es, die gefassten Beschlüsse und Vorfälle in die Tat umsetzen. Stelle jeden seinen Mann in der Aufklärung der Kollegen und in der Gewinnung neuer Mitglieder. Jeder muß es als Ehrenpflicht und als seine Hauptaufgabe betrachten, seinen Teil zur Stärkung des Verbandes und ganz besonders der Hagener Verwaltungsstelle beizutragen.



## Das Eisene Kreuz

erhielten die Kollegen

**Karl Gebhard, Augsburg**  
**Anton Robert, Cöln-Ehrenfeld**  
**Josef Orlovsky, Danzig**  
**Andreas Reuter, Essen-Ruhr**  
**Franz Kettelkake, Essen-Ruhr**  
**Wilhelm Teipel, Bisternohl**  
**Arand, Hannover**  
**Michael Haag, Ingolstadt**  
**Fritz Müller, Karlsruhe**  
**Heinrich Hermes, Wiesdorf**

Es erwarben sich ferner die Kollegen

**Jakob Gum, Augsburg**  
das bayr. Verdienstkreuz III. Klasse  
**Fritz Jöhningh, Karlsruhe**  
die bayr. Verdienstmedaille

✦

Bis jetzt haben sich 810 unserer Kollegen das Eisene Kreuz und andere Ordensauszeichnungen erworben.

Wir beglückwünschen diese Tapferen und hoffen daß sie gesund in unsere Reihen zurückkehren

Sterlohn. Vor kurzem fand hier eine katholischen Gesellenhauses eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Bericht erstattet wurde über die Bezirkskonferenz in Hagen. Die Versammlung war leider nicht gut besucht. Unser Vorstandsbesuch bei der Eröffnung der Versammlung den schließlichen Besuch. Es sei eine Schande und ein unabweislicher Fleck der Kollegen, daß sie es nicht für notwendig hielten, die Versammlungen zu besuchen. Es sind immer dieselben, welche glauben, den Versammlungsbesuch nicht notwendig zu haben. Dieses muß unbedingt anders werden. Nachdem er die Tagesordnung bekannt gegeben hatte, erteilte er dem Kollegen Sparenberg das Wort zu seinem Vortrag. Derselbe führte folgendes aus: Der Besuch der Versammlungen ist die Schulung der Gewerkschaftsmitglieder. Wir können nur dann unsere Interessen mit Erfolg vertreten, wenn wir uns als eifrige Versammlungsbesucher und als fleißige Leser unserer Verbandsorgane eine gründliche Schulung angeeignet haben. Erst dann ist es uns auch möglich, erfolgreich für unsere Bewegung zu agitieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Wir können nur dann unseren Kollegen, die draußen vor dem Feinde ihr Herzblut vergießen, die Kreuze bewahren, wenn wir unseren Pflichten als Gewerkschaftler gewissenhaft nachkommen. Vor allem muß das Verbandsorgan gelesen werden. Es darf nicht ungelesen beiseite gelegt werden. Es erfüllt nur dann seinen Zweck, wenn es gelesen und der Inhalt weiterverbreitet wird. Wir dürfen nicht denken, wir haben einen Beamten, der wird schon für alles sorgen, nein, wir müssen tatkräftig mitarbeiten. Saget nicht, ich kann nicht agitieren. Ein jeder ob jung oder alt, ob 14, 20 oder 80 Jahre, hat jeder seine Pflicht. Wenn so die Kollegen von Sterlohn arbeiten, dann wird unsere Bewegung stark werden, zum Wohle der Arbeiterkassen von Sterlohn. Dem Vorstehenden gab dann weiter den Bericht der Bezirkskonferenz in Hagen. Nachdem die Unterlagen für eine gründliche Hausagitation besprochen waren, wurde beschlossen sofort in die Hausagitation einzutreten und sämtliche Mitglieder aufzufordern an derselben teilzunehmen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde noch die Teuerungszulage der Firma Binde und Funke besprochen. Aus der Mitte der Versammlung wurde dann der Antrag gestellt die Mitgliederbesammlung immer am ersten Sonntag im Monat im Gesellenhause abzuhalten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde der Kollege Ernst Bornweg einstimmig zum Schriftführer gewählt. Die anregende Versammlung wurde um 1 Uhr geschlossen.

Die Kollegen von Sterlohn sind nunmehr fest entschlossen Hausagitation zu machen. Es darf aber nun nicht bei dem Beschlusse bleiben, sondern es muß sofort mit der Hausagitation eingesetzt werden. In Sterlohn sind heute immer noch 3000 Metallarbeiter beschäftigt. Davon sind mindestens 2000 unter 18 Jahre alt. Wenn wir nur annehmen, daß davon nur die Hälfte also 1000 Mann für uns zu gewinnen sind, so eröffnet sich für die Kollegen aus Sterlohn ein Arbeitsfeld, welches reichen Erfolg verspricht. Wenn auch nur die Vorstandsmitglieder und die

er verlagert und beurteilt ist, ohne daß er für den Vorbehalt gesorgt hat.

2. Die Gläubiger eines Verstorbenen haben stets ein großes Interesse daran, zu erfahren, wie groß der Nachlaß ist und wo er steckt. Um das einzusehen, braucht man sich selbst nur einen Augenblick in die Lage eines solchen Verstorbenen zu versetzen. Jedes zwangsweise Vorgehen gegen den Erben verurteilt ihn zu unruhigen Nächten, Kosten und Zeitverlust, wenn sich später herausstellt, daß doch keinerlei aktive Erbschaftsmasse vorhanden ist. Deshalb gibt das Gesetz den Nachlassgläubigern die Befugnis, beim Nachlassgericht zu beantragen, daß dem Erben eine Frist zur Errichtung eines Inventars (d. i. ein Verzeichnis der Nachlassgegenstände, worunter auch Geld, Hypotheken, Forderungen usw. zu verstehen sind) gesetzt werden. Verbunden mit nun der Erbe diese Frist, so nimmt das Gesetz an, daß irgend etwas in seiner Wirtschaft nicht lauber ist, und läßt ihn von nun an auch mit seinem ganzen Vermögen unbeschränkt für die Schulden des Erblassers haften. Wenn er auch unterdessen irgendwie mit Vorbehalt (s. ob. 1) verurteilt sein sollte, so kann ihm das jetzt nichts mehr nützen. Der Erbe, der die Inventarfrist nicht benutzt, um ein Inventar zu errichten, haftet den Nachlassgläubigern unbeschränkt.

3. Wenn nun ein Erbe das Inventar auch innerhalb der Zeit, die ihm auf Antrag eines Nachlassgläubigers gesetzt ist, errichtet hat, so sind damit die Nachlassgläubiger doch noch nicht im Klaren, solange sie nicht wissen, daß das Verzeichnis auch richtig sei. Um die Richtigkeit des Inventars zu erzielen, gibt das Gesetz den Gläubigern die Befugnis, vom Erben den Offenbarungseid darüber zu verlangen. Verweigert nun der Erbe diesen Eid, so ist anzunehmen, daß er seine Inventarpflicht nicht erfüllt hat und zur Strafe läßt ihn vom Moment ab das Gesetz auch mit seinem eigenen Vermögen für die Erbschaftsschulden haften. Diese Haftung tritt natürlich auch dann ein, wenn das Inventar fälschlich unrichtig angelegt ist, einerlei, ob er Erbe es beschworen hat oder nicht.

4. Der Erbe hat die Pflicht, die Erbschaftsmasse getreulich zu verwalten. Kommt er dieser Pflicht nicht nach, so haftet er den Nachlassgläubigern mit seinem eigenen Vermögen für den Schaden, der ihnen aus seiner Nachlässigkeit erwächst (s. W. darüber, daß er die Sachen nicht gut aufbewahrt).

Sodern also der Erbe vorsichtig ist, kann er auch dann noch den Zugriff der Gläubiger auf sein bereits vorhandenes Vermögen abwenden, nachdem er die Ausschlagungspflicht nutzlos hat verstreichen lassen. Sein Vermögen bleibt ihm also, aber alle die Scherereien, die eine überschuldete Erbschaft mit sich bringt (Ausweisungsverfahren und den Gläubigern, dem Gericht, dem Gerichtsvollzieher, sorgfältige Behandlung der Erbschaftsmasse) kann er nicht mehr abschütteln. Und deshalb mag sich jeder auch in denjenigen Fällen, wo zwar nicht ganz sicher ist, daß die Erbschaftsmasse überschuldet ist, wo aber andererseits feststeht, daß die Aktiva ebenfalls nur unbedeutend sind und vielleicht nicht die Schulden decken, überlegen, ob er doch nicht die Erbschaft für sich und seine Kinder ausschlagen soll. Dann kommt er allerdings sicher nicht, aber er ist auch aller weiteren Behelligungen überhoben.

### Die Kleinmetallindustrie und der Osten

In den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten des Ostens hat bereits der Handel wieder eingesetzt, insbesondere in Feilen (Sägefeilen), Sägen, Maschinenmessern, Nähmaschinen usw. Da der russische Kaufmann, wie die das Land von ihren Reisen kommenden bergischen Exporteure erklären, Deutschland nicht haßt und noch weniger eine Abneigung gegen die Erzeugnisse der deutschen Industrie hat, mit deren Verschleiß die russische Geschäftswelt auf ihrem heimischen Markte große Gewinne erzielt, so scheinen die Bedingungen für die Wiederkehr der alten Handelsbeziehungen mit Ausblick ge-

ben. Das von England begünstigte Wirtschaftswachstum gegen Deutschland wird in den bergischen Exportzentren nicht sehr tragisch genommen, zumal mehr und mehr zu erkennen ist, daß die maßgebenden russischen Kreise eine selbständige Regelung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland nach dem Kriege erstreben.

Sogar über die Wiederanbahnung der Handelsbeziehungen zu England denkt man in bergischen Exportzentren ziemlich optimistisch. Man rechnet mit der schon mehrfach erwähnten Erfahrung, daß der englische Geschäftsmann stets da laßt, wo ihm das billigste Angebot gemacht wird und ihm die besten Gewinnaussichten winken. Einzuwenden ist hier allerdings, daß abzuwarten ist, welchen Einfluß die protektionistischen Strömungen in England auf die englische Handelspolitik nach dem Kriege gewinnen werden. Zeit weniger Vertrauen hat man zur Wiederkehr der alten Handelsbeziehungen zu Frankreich, die schon vor dem Kriege sich von Jahr zu Jahr infolge der französischen Hoffnungen schwieriger gehalten hatten. Die bisher von Deutschland bezogenen Waren werde Frankreich nach dem Kriege voraussichtlich von England oder Nordamerika beziehen.

Seine Hoffnungen hat man hinsichtlich der Entwicklung der Geschäftsbeziehungen zu unseren mitteleuropäischen Nachbarn. Auch für Spanien dürfte man mit einem größeren Absatz nach dem Kriege rechnen. Auf dem südamerikanischen Markte habe die englische und nordamerikanische Konkurrenz durch die Nachahmung deutscher Waren und durch politische Beeinflussung die deutschen Absatzgebiete an sich zu ziehen versucht, und es werde dort neuer deutscher Export nach dem Kriege bedürfen, um die alten Geschäftsbeziehungen wieder anzubahnen. Ganz besondere Aufmerksamkeit sei unserer künftigen Ausfuhr nach China zuzuwenden, da es beruhen sei, einer der bedeutendsten Märkte zu werden. Daß unsere überfeinere Erzeugnisse in den ersten Jahren nach dem Kriege großen Absatz finden begehren werde, darüber gibt man sich keiner Illusion hin, aber man ist der festen Hoffnung, daß wir allen Aufgaben gewachsen sein werden.

Bertrauensleute zunächst verpflichtet sind, die Hausagitation zu beginnen und den anderen Mitgliedern mit einem guten Beispiel voran gehen müssen, so muß doch von sämtlichen Mitgliedern ob jung oder alt, verlangt werden, daß auch sie mithelfen und Hausagitation machen. Der Erfolg bleibt dann nicht aus und auch die Kollegen selbst werden sich über den Erfolg sehr freuen. Die Erfolge sollen in jeder Monatsversammlung bekannt gegeben werden. Nun, Kollegen, jetzt heißt es, den Beschluß ausführen.

**Olpe.** Unsere diesjährige Jahres-Hauptversammlung fand fast zur selben Zeit statt, als vor 10 Jahren unsere Ortsgruppe gegründet wurde. Infolge dieses Ereignisses ist eine besondere Veranstaltung vorgesehen, in welcher die Wirksamkeit des Verbandes während dieser Zeit sowie Raheliegendes besonders gewürdigt wird. Aus dem zunächst vom Vorsitzenden erstatteten Bericht war zu entnehmen, daß 10 Kollegen den Heldentod gefunden haben. Neben einigen größeren Veranstaltungen und der Abhaltung einer wohlgeleiteten Frauenversammlung bewegte sich die Versammlungstätigkeit des Berichtsjahres hauptsächlich in Betriebsversammlungen. Zum Heere einberufen sind im Berichtsjahre 42. Infolge ungünstigem Geschäftsgang einzelner Industriezweige reisten viele Kollegen ab. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug im 1. Vierteljahr 7, im zweiten 20, im dritten 28 und im vierten 14. Vom Heeresdienste zurück kamen 12 Kollegen. Diese Zahlen im Vergleich zur Mitgliederzahl reden die dringende Notwendigkeit, daß auch dann die Agitation betrieben werden muß, wenn keine weitere Bewegung in den Betrieben vorliegt. In der Zukunft muß eine systematisch betriebene Hausagitation zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Zurückeroberung jener einsehen, die sich seitwärts in die Wüste geschlagen haben. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen nach dem Bericht des Kassierers 3358,80 M. und die der Nebenkasse 555,20 M. An Nebenabgaben durch Sammellisten und Verkauf von Kriegsfondsdenkmälern gingen ein 233,85 M. Für verausgabte Nebenabgaben stellt sich ein Betrag von 50 M., der unbedingt und insbesondere noch von jenen eingeholt werden muß, die seither weniger oder fast keinen Anteil an dieser befundeten Opferwilligkeit zeigten. Der Stand der Nebenkasse beträgt 1041,82 M. Ueber eine bessere Beitragsleistung brachte die Generalversammlung gute treffliche Urteilungen, die, wenn sie zur Tat umgesetzt werden, manchen Unbehagen zu beheben in der Lage sind. An weiteren Unterstüzungen wurden verausgabte 6,25 M. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berichtsjahr und der stattgefundenen Bewegungen berichtete Kollege Maier-Siegen. Gegenüber den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen zeigten sich die Werte in Bezug auf Mehrlohn ziemlich verschlossen. Aber auch die Arbeiter gingen in Betracht der Klagen über unzureichliche Löhne nicht in der rechten Weise aus sich heraus. Um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse richtig erfassen zu können, mußten daran alle Betriebe und Schichten je besondere Versammlungen abgehalten werden, desgleichen wurden durch Fragebogen die verschiedensten Erhebungen veranstaltet. In einzelnen lagen die Verhältnisse wie folgt vor: Die Rheinisch-Westfälischen Kupferwerke A.-G. hatten im Frühjahr Differenzen mit den Drahtziehern wegen Abschließens von Geschloßhändlern. Durch längere Verhandlungen wurde die Forderung der Kollegen bewilligt. Auf die Eingabe um Verdiensterhöhung der Metallarbeiterorganisation vom 1. Juni teilte die Firma mit, daß sie schon seit dem 1. Februar eine Teuerungszulage für Beheiratete von 50 Pfg. und für Witwe von 30 Pfg. pro Tag zähle. Die Organisationen antworteten darauf, daß wohl eine formelle Teuerungszulage bewilligt worden sei, aber eine generelle Verdiensterhöhung beträfe nur einige wenige Arbeiter. Infolge weniger Affordarbeit und durch Wegfall der Nachzahlung gab in den von unserm Verband vorgeschickenen Erhebungen die Mehrheit der Arbeiter eine Verdienstverminderung von 0,50 bis 12 Mark pro Woche an. Nach dieser Erhebung, an welcher die übergroße Mehrheit der Arbeiter beteiligt war, betrug der durchschnittliche Tagesverdienst 4,47 M. Die Firma antwortete darauf, daß der durchschnittliche Verdienst der Gesamtarbeiter vom 1. Januar bis 1. Juni 4,93 M. pro Tag betrage. In einzelnen Abteilungen stände der Lohn gut. Jedoch sollten auch die Walzer und Gläher eine Lohnaufbesserung erhalten, indem ihre Affordsätze um 20 Pfg. für Beheiratete und 30 Pfg. für Witwe erhöht würden. Die Organisationen dankten darauf für das gezeigte Entgegenkommen, gleichzeitig jedoch ersuchend, eine weitere Lohnaufbesserung vorzunehmen. Durch Anschlag vom 1. August gab die Firma bekannt, daß die Teuerungszulage bis 1. Oktober für Beheiratete von 50 auf 75 Pfg. und für Witwe von 30 auf 50 Pfg. erhöht sei. Diese Erhöhung wird auch heute noch gezahlt. In Beispielen gewährte die Firma eine einmalige Unterstüzung an ihre Arbeiter in Höhe von 5 Mark pro Dienstjahr. Indes machen heute noch Arbeiter des Werkes, so Gläher, Blechwalzer und Drahtwalzer geltend, daß von einem Mehrverdienst gegenüber der Friedenszeit fast keine Rede sein könnte. Wie erst würden die Löhne aussehen, wenn die Organisationen nicht eingegriffen und unser Verband nicht die Lohnverhandlungen unternommen hätte? Die Metallwerke Gebrüder Kemper waren im Frühjahr weniger gut beschäftigt. In solchen Zeiten war es doch üblich, daß den Formieren, wenn sie die Höhe des Tageslohnes in Affordarbeit nicht erhielten, der Tageslohn ausbezahlt wurde; bei höherem Ueberaffordverdienst wurde dieser Zusatz jedoch wieder abgezogen. Der Tageslohn beträgt 4—4,40 M. Da die besser bezahlten Sachen den Handformieren genommen und auf der Formmaschine hergestellt wurden, die Handformier nur die schwierigen Arbeiten zu erledigen hatten, war ihr Lohn dringend aufbesserungsbedürftig. Eine Eingabe unsers Verbandes vom 12. März ersuchte die Firma um Gewährung eines garantierten auskömmlichen Lohnes. Der Zusatz zur Erreichung des Tageslohnes dürfte später nicht wieder in Abzug gebracht werden, wenn der Affordverdienst den Tageslohn übersteige. Auf eine ungewöhnliche Eingabe unsers Verbandes kamen dann Verhandlungen der Firma mit einer Arbeiterkommission zu stande, wobei die Firma zugab, daß sie zu wenig verdient bis zur Erreichung des Tageslohnes zu zahlen und nur noch 2/3 in der erwähnten Weise in Anrechnung zu bringen. Außerdem sollten Arbeiter, die sonst mit der Maschine gefährt, den Handformieren überlassen bleiben, jedoch zu einem niedrigeren Preis. Im April wurden

eine Reihe Eingaben an die Firma gerichtet, bezüglich des Preises für Bänderanfertigung, worüber eine Entlohnung leider nicht erzielt werden konnte. Hauptsächlich bestanden die kritischen Meinungen in dem Umstand, daß die Firma erklärte, die Anfertigung der Bänder mit den Formieren für 5 Pfg. pro Kilo bedeutsam zu haben, die Kollegen betrauten jedoch den Standpunkt die Firma habe 6 Pfg. versprochen, welcher Preis auch auf den anderen Werken gezahlt werde. Auf die Eingabe um Verdiensterhöhung der Metallarbeiterorganisation vom 1. Juni gab die Firma durch Anschlag bekannt, daß zunächst bis 1. Oktober — ist inzwischen beibehalten worden — hauptsächlich für Tagelohnarbeiter eine Zulage von 20—40 Pfg. gewährt werde. Den niedrig entlohnnten Affordarbeitern soll diese Zulage ebenfalls gegeben werden. Von 85 Arbeitern erhalten 65 diese Zulage. Die Arbeiter der Metallwerke Imhäuser hatten allgemein mit zufriedeneren Verhältnissen zu rechnen, was wohl auch nicht unwesentlich auf die vor Kriegsbeginn erfolgreich durchgeführte Bewegung zurückzuführen ist. Die Westfälische Metall- und Phosphorbrünze Werke (Müller) gewährten zunächst auf die Eingabe vom 1. Juni den jüngeren Affordarbeitern höhere Affordsätze und den Lohnarbeitern eine Zulage von 20 bis 50 Pfg. pro Tag. Auf die weitere Eingabe erhielten auch alle übrigen Arbeiter eine Lohnzulage. Infrage kommen insgesamt 68 Arbeiter. Kleinere Differenzen lagen in der Formiere vor, die aber ohne Bedeutung und auf die unorganisierten Arbeiter selbst zurückzuführen waren. Dem Riegenbergischen Eisenwerk wurden wohl auch die Eingaben um Verdiensterhöhung zugesandt, aber eine unmittelbare Wirkung konnte nicht ermittelt werden. Wenn hier die Arbeiterschaft nochmal zum Bewußtsein ihrer Lage kommt, wird sie wohl von selbst einsehen, was sie versummt. Aufgabe aller Oelber Metallarbeiter muß es sein, fest und aufrecht an dieser Bewegung zu arbeiten, daß sie wieder mehr als bisher den Weg zu unserem Verbands findet; denn sie hat es wahrlich am nötigsten, als im Frühjahr die Metallarbeiterorganisationen sich auflösten, eine Verdiensterhöhung der Metallarbeiter anzustreben, nahm auch das Gerlinger Walzwerk eine solche in sofern vor, als zunächst die alten Affordsätze wieder hergestellt wurden. Auf die Eingabe der Organisationen antwortete die Firma in diesem Sinne. Des Weiteren führte sie an, daß geschulte Arbeiter besondere Zulagen erhielten, weil sie mit ungeschulten Arbeitern weniger leisten könnten und deshalb den früheren Verdienst nicht erreichen. Den betreffenden Arbeitern ist hieron nichts bekannt. Auf eine weitere Eingabe der Organisationen bewilligte die Firma eine Zulage von 10 Mark pro Arbeiter und Monat. Außerdem wurden Kohlen für den halben Preis geliefert. Infrage kommen 60 Arbeiter. Weiteren Beschwerden und Wünschen der Arbeiter konnte nicht Rechnung getragen werden, da die Kaufkraft der Arbeiter dem Verbands gegenüber allzu groß ward. Bestimmen sich die Kollegen wieder eines besseren und geben sie unserem Verbands dem inhaltreichen Wort „Treue um Treue“ wieder Geltung, dann wird noch manches aufzubessern sein. Dieses gilt auch der sonstigen Oelber Metallarbeiterschaft. Die Bemühungen der Organisationen zur Wahrung der Anliegen der Metallarbeiter im allgemeinen und unsers Verbandes im besonderen, waren auch im Kriegsjahr 1915 umfangreich und wirkungsvoll zugleich. Stärkt ist die Oelber Metallarbeiterschaft aus der Vergangenheit die Zukunft zu bejahen, dann muß ein jeder an seiner Stelle an der Erhaltung unsers christlichen Metallarbeiterverbandes tatkräftig mitwirken. Ueber die weitere Kriegserbeit unsers Verbandes in Olpe und Umgebung ist an dieser Stelle schon das Wichtigste mitgeteilt, indes nahm auch dieser Bericht einen ehrenvollen Platz ein in der Wirksamkeit unsers Verbandes im gegenwärtigen Stillerringen. In diese Berichterstattung schloß sich eine sehr ergiebige Aussprache an, die nicht minder in der Notwendigkeit der Stärkung des Verbandes während und nach dem Kriege gipfelte. In der Neuwahl des Vorstandes mußte infolge einer Abwesenheit eintraten, als unser jetziger Vorsitzender, der die 10 Jahre hindurch an der Spitze unserer Ortsgruppe stand, leider nicht mehr zu bewegen war, diesen Posten noch länger zu bekleiden. Nur ungern ließen die Kollegen die Gründe gelten, die unsern früheren Vorsitzenden zu diesem Schritt bewegten. Nur auf das Versprechen, daß er nach wie vor im Vorstande verbleiben und weiteren Anteil an dem Gelingen unserer Ortsgruppe nehmen werde, wurde zur Neuwahl eines Vorsitzenden geschlossen. Kommen die geliebten und ungeschulten Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, wie das letzte Mitglied unsers Verbandes der fernigen Einführungsrede des neuen Vorsitzenden nach, dann muß das Kriegsjahr 1916 nach außen weitere Vorteile moralischer und wirtschaftlicher Art und uns ganz besonders auch nach innen eine Neubelebung des Organismus unserer Ortsgruppe bringen. Darum fort mit der Hingabe, wo sie hin und wieder noch getragen werden sollte! Auf die Forderung, zur fröhlichen Bearbeitung für die Verwirklichung der Ziele und Ideale unsers christlichen Metallarbeiterverbandes.

**Oelpe.** Ein beachtenswerter Erfolg war einer Eingabe der hiesigen Ortsgruppe an die Behörde der Stadt Olpe betrieblen. Bezugnehmend auf die Lebensmittelknappheit wurde in größerer Maße wie bisher der gemeinnützige Einkauf und Vertrieb derselben gefördert. Besondere Anlauf zur Klage gab die ungleiche Verteilung der Lebensmittel, insbesondere jedoch des Fleisches. Da die Metzger ohne Fleisch zu laufen überhaupt kein Fett abgeben, waren auch die Minderbemittelten gezwungen größere Mengen Fleisch zu kaufen, um das zum Zubereiten der Speisen notwendige Fett zu erhalten. Berechtigten Hausfrauen erregte noch das Gebahren gewisser Metzger, die sobald größere Mengen der wichtigsten Lebensmittel auf dem Markt erschienen, dieselben auslasten und so die Minderbemittelten, weil ihnen sowohl die Beziehungen zu den Verkäufern als auch die notwendigen Mittel fehlten bei der Bereitung mehr oder weniger unberücksichtigt blieben. Das „Sauerländische Volksblatt“ berichtet an Hand der Mitteilungen des Bürgermeisters Sommerhoff über die Beschaffung des Kriegshilfsausbeutes, dessen unser Antrag zu Grunde lag, folgendes: Nach Prüfung der Preise für Schweinefleisch sei man zur Übergangnahme gekommen, daß der Ankauf von solchem nicht ausginge, da die marktüblichen Preise von der oberen Behörde nicht bezahlt werden könnten. Wohl aber seien 10000 Stückpfundes Rindfleisch und Aufsetzen,

nach Entnahme einer Probe, zum Preise von 1,65 Mark, einzuwickeln bestellt, die zum Selbstkostenpreise abgegeben werden sollen. Des Weiteren sei es möglich gewesen 30 Zentner Schmalz zu beschaffen. Der Verkauf desselben soll nur gegen Vorzeigung der Brotkarte, die mit einem entsprechenden Stempel und Datum versehen wird, verkauft werden. Zu den bereits angekommenen 33 Faß holländischer Wollkäse, die als Fleischersatz dienen, seien weitere 33 Faß bestellt. Auch solle ein Versuch gemacht werden mit Klippfisch (eine Art Stockfisch), die sehr billig und nahrhaft seien, bisher aber zu wenig Beachtung gefunden hätten. Den verkauften 14000 Eiern aus Galkzien soll eine weitere Sendung folgen. Schließlich sei noch in der Kommissionsitzung beschlossen worden, einen Versuch mit Gelee zu machen, wovon einstellend 10 Zentner bestellt werden sollen. Der Verkauf sämtlicher Waren solle möglichst durch die Stadt und zwar unter Vorkehrungen, die eine gleiche Verteilung sichern, erfolgen. Von den noch vorhandenen Zwelfpundsdosen Schweinefleisch soll nur mehr eine Dose pro Woche abgegeben werden, da es früher vorgekommen sei, daß 10—20 Dosen von gewissen Haushaltungen abgeholt wurden. Mit dem Bezug von Kartoffeln solle sobald die Frostgefahr vorüber ist, soweit es notwendig sei, begonnen werden. Der obige Vorgang beweist, daß unsere Mitarbeit auf dem Gebiete des Lebensmittelmarktes eine notwendige aber auch dankbare ist. Mühe aber auch das wohlwollende Entgegenkommen der Stadtbehörde von Olpe, die bestrebt ist, in anerkennenswerter Weise die Nöte unserer Zeit nach Kräften zu beheben, weithin Nachahmung finden. Dieses wäre eines der sichersten Mittel, manche Unzufriedenheit in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung zu beseitigen.

## Gelbeingänge bei der Hauptkasse

Monat März.

Berthel 120,86, Krefeld 120, Kattowitz 16,60, Hlensburg 230, Köln 1500, Kiel 140, Schramberg 93,03, Nachen 1000, Stuttgart 120, Bremen 70, Garstedt 7,85, Mönchen 625,82, Danzig 300, Hagen 450, Bremen 50, Hamburg 100, Köln 1200, Dortmund 700, Hamm 1000, Minden 1000, Neheim 800, Essen 2000.

Monat April.

Metzen 12,33, Straubing 39,60, Kattowitz 12,75, Wolfenbüttel 15,70, Laufen 7,80, Nürnberg 78, Pottenburg 11,20, Kattowitz 16,60, Solingen 400, Düsseldorf 3000, Hammerau 30,15, Ulm 160, Mönchen 600, Halle 15,67, Kattowitz 21,95, Schuffenried 52,55, Unterlöhren 12,80, Berlin 500, Hlensburg 280,66, Stettin 194,36, Meisse 93,50, Eisenach 91,05, Danzig 250, Duisburg 1000, Bremerhafen 23,77, Erfurt 32,20, Nachen 1000, Köln 1700, Hamm 500, Essen 4000, Duderstadt 0,90, Danzig 139,90, Kattowitz 29,35, Freising 91,48, Kiel 205,97, Ransjen 30,95, Münster 45,45, Schweinfurt 432,05, Jffeldburg 164,70, Breslau 118,20, Ravensburg 64,27, Roth 43,28, Jena 30,10, Hagen 697,25, Göttingen 131,63, Markt Redwitz 3,65, Nürnberg 1590,66, Albed 195,25, Triberg 97,55, Saarlöden 681,75, Vampertheim 75,03, Duisburg 1375,45, Olpe 394,62, Bocholt 68,74, Bippstadt 247,85, Düsseldorf 680, Mühl-Oberhausen 1767,68, Regensburg 85,80, Regensburg 60,95, Dilsberg 472, Güttenbach 135,10, Altdorf 187,31, Redarsum 35,30, Mannheim 1147,21, Magdeburg 500, Schwednitz 35, Bromberg 23,80, Furtwangen 180,48, Konrath 45,84, Lütlingen 135,26, Eibing 180,35, Frankenthal 111,01, Berthel 250, Rogheim 68,57, Fulda 45,78, Offenbach 657,28, Alern 134,18, Reichenstein 45,75, Wöhrbach 114,10, Salbe 48,25, Stuttgart 209,85, Düsseldorf 94,30, Krefeld 397,04, Eilenburg 20,41, Kattowitz 6, Hanau 39,98, Wauzen 106,94, Mühlhausen i. Th. 24,39, Ulme 240,68, Hamburg 192,40, Wilhelmshafen 294,35, Siegen 1671,36, Mainz 163,57, Karlsruhe 180,55, Hanau 13,29, Barmen 831,32, Berlin 403,91, Meß 53,35, Gelsenkirchen 481,31, Osnabrück 525,45, Schwab. Gmünd 129,50, M. Glabach 946,72, Magdeburg 346,45.

## Versammlungs-Kalender

Sonntag, den 13. Mai:

Hamboldkolonie. Abends 9 Uhr bei Guth, Mitgliederber-

sammlung.

Sonntag, den 14. Mai:

Köln-Mülheim. Vormittags 10,30 Uhr bei Reholz Ver-

sammlung.

Siegburg. Abends 7 Uhr im „Minoriten“ wichtige Ver-

sammlung. Alle erscheinen.

Verwaltungsstelle Duisburg-Mülheim-Oberhausen. Nachm.

3,30 Uhr im „Burgader“, Köhnenstraße, Generalver-

sammlung. Referent: 2. Verbandsvors. Klost-Essen.

Neheim. Abends 8 Uhr Familienabend in der hiesigen

Schützenhalle. Schauspiel „Durch Kampf zum Sieg“, Vortrag und Musik. Der Ertrag ist für unsere Krieges-

familien.

Sonntag, den 21. Mai:

Wallau. Nachmittags 2,30 Uhr gemeinsame Betriebsver-

sammlung der 3 Verbände beim Kollegen Schreiber in

Niederlaasphe für die Arbeiter der Betriebe aller

Betriebe.

## Maschinenwärter

## Kranführer

## Heizer und Oberheizer

## Werkzeugmacher

## Ladungsarbeiter

## Schlosser und Schmiede

sofort gesucht.

hoher Lohn, dauernde Stellung auch nach dem Kriege, bewährte Kräfte werden später Meister. Aussichtsreiche Posten. Wohnkolonie mit Gärten im Bau. Angebote mit kurzem Lebenslauf, guten Zeugnissen und Lohnforderung an:

Reichswerke Piesteritz a. d. Elbe

bei Wittenberg, Prov. Sachsen.